

Pressemitteilung



Glyphosat statt Pflug und Grubber - Die Bürgerinitiative Lachendorf für Tier- und Umweltschutz e.V. (BILA) ruft zur Teilnahme an der Großdemonstration in Berlin am 18. Januar 2014 unter dem Motto "Wir haben Agrarindustrie satt!" auf.

Um unsere Ziele, mehr Tier- und Umweltschutz, gesunde Nahrungsmittel und eine auf Nachhaltigkeit aufbauende Landwirtschaft, zu erreichen, bedarf es unseres andauernden Protestes gegen Fehlentwicklungen. Die Industrialisierung (manche sprechen beschönigend von Modernisierung) der Landwirtschaft erfolgt in einer rasanten Geschwindigkeit. Nicht nur der immer stärker werdende globale Wettbewerbsdruck, sondern auch und besonders die vornehmlich auf Ertragssteigerung und Profit ausgerichtete Wirtschaftsweise unserer Landwirtschaft führt zu einer wachsenden Belastung für die Umwelt und zu einem Qualitätsverlust bei unseren Nahrungsmitteln. Die dramatischen Veränderungen sind auch in unserer Region deutlich wahrnehmbar. Ausgeräumte Landschaften und Monokulturen (Maisanbau) prägen das Bild unserer Kulturlandschaft. Erhöhter Düngemittelsatz (Kunstdünger, Gülle und Geflügeltrockenkot) zur stetigen Ertragssteigerung belastet zunehmend unser Grundwasser. Ohne massiven Pestizideinsatz sind Monokulturen ebenso wenig möglich wie Massentierhaltung ohne Antibiotikamissbrauch. Die "moderne" Landwirtschaft geht mehr und mehr dazu über, die maschinelle Feldbearbeitung zur Bekämpfung der "Un"kräuter durch verstärkten Herbizid-Einsatz zu optimieren. Die Landwirtschaft setzt hier u. a. auf den Wirkstoff Glyphosat. In Fachkreisen wird von Feldvorbereitungs- oder Vorerntespritzungen gesprochen, wobei die Bezeichnung "Chemischer Erntehelfer" wohl eher zutreffen würde. Der vermehrte Einsatz von Herbiziden lässt die "Un"kräuter zunehmend resistent werden, was wiederum einen erhöhten Einsatz von Herbiziden nach sich zieht. Ein Teufelskreislauf. Auch hier sind Parallelen zur Nutztierhaltung und dem stetig steigenden Antibiotikaeinsatz zu erkennen. US-Konzerne wie Monsanto als weltweit größter kommerzieller Saatgut- und gleichzeitig (wen wundert es) Agrochemikalienhersteller bieten der Landwirtschaft gentechnisch verändertes Saatgut an (Mais, Weizen, Zuckerrüben, Kartoffeln, Raps, Soja, Tomaten). Dabei handelt es sich insbesondere um Pflanzen, die aufgrund von gentechnischen Veränderungen resistent gegenüber Herbiziden und giftig für bestimmte Insekten sind. Weltweit werden bereits auf mehr als 170 Millionen Hektar gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut. Das ist knapp fünfmal die Fläche Deutschlands. In Europa ist der Anbau größtenteils noch verboten. Amerikanische Konzerne bemühen sich jedoch beharrlich um Anbaugenehmigungen. Es ist fraglich, wie lange die EU-Politik die hohen europäischen Standards noch verteidigen wird. Die Ergebnisse aus den bisherigen Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA sehen bereits im Agrarbereich ein "Angleichen der Vorschriften" vor. Sollte sich der Anbau transgener Pflanzensorten auch in Europa etablieren, sind nicht zuletzt auch wegen der weiteren Zunahme des Herbizid-Einsatzes fatale Folgen für unsere Umwelt und für die Qualität der Futter- und Nahrungsmittel und damit für die Gesundheit von Mensch und Tier zu befürchten.

Nun bleiben europäische Verbraucher aber vor den Auswirkungen aus der Verwendung transgener Pflanzen, die unter verstärktem Einsatz von Pestiziden und Herbiziden angebaut werden, schon jetzt nicht verschont. Unsere Nutztiere werden größtenteils mit aus Brasilien, Argentinien und USA importiertem Eiweißfutter gefüttert, welches vornehmlich aus genmanipuliertem Soja mit entsprechender Glyphosatbelastung hergestellt wird. Geschätzte 75% der Kühe, Rinder, Schweine und Geflügel in Europa werden mit Produkten gefüttert, die transgenes Soja enthalten. In den nord- und südamerikanischen Sojaanbaugebieten werden unglaubliche Mengen glyphosathaltiger Herbizide eingesetzt. So hat sich dort der Einsatz in den letzten 15 Jahren verfünffacht. Neueste Studien haben den Wirkstoff Glyphosat nicht nur im Grund- und Oberflächenwasser und in Pflanzen, sondern auch in unseren Nahrungsmitteln (Gemüse, Getreide, Backwaren, Fleisch und Milch) nachgewiesen. Auch im Urin von Kühen und von Menschen (nicht nur bei Landwirten) konnte Glyphosat festgestellt werden. Leipziger Forscher fanden heraus, dass Glyphosat gesundheitsfördernde Bakterien abtötet, das Gleichgewicht im Magen-Darm-Trakt durcheinanderbringt und krankmachenden Keimen den Weg ebnet. Der Wirkstoff Glyphosat steht zudem im Verdacht, das Erbgut zu schädigen, Krebs, Unfruchtbarkeit und Missbildungen bei Neugeborenen zu verursachen. Langzeitstudien zur Aufklärung der Zusammenhänge fehlen. Unsere Verbraucherschutzbehörden haben es bisher nicht für nötig befunden, entsprechende Studien in Auftrag zu geben. Bezeichnenderweise ist der Verbraucherschutz in unseren Bundesländern den Landwirtschaftsministerien zugeordnet.

Auch unsere hiesige Landwirtschaft hat nach dem Motto *“Glyphosat statt Pflug und Grubber“* den Wirkstoff als bequemen Erntehelfer und Ackerbauinstrument für sich entdeckt. Den verstärkten Einsatz können wir in unserer Umgebung auf den Ackerflächen wahrnehmen. Feldvorbereitungsspritzungen begegnen uns in Form von bräunlich gefärbten Feldern auf denen die gesamte Flora durch den Herbizideinsatz abgestorben ist. Seit 1993 hat sich der Glyphosat-Einsatz auch in Deutschland auf ca. 5.000 Tonnen pro Jahr verfünffacht. Bei unserer Ernährung können wir uns dem gesundheitsschädigenden Wirkstoff kaum mehr entziehen, ob beim Gemüse, bei Backwaren oder Milchprodukten. Landwirtschaftliche Tierhaltung und industrialisierte Massentierhaltung - in beiden Wirtschaftszweigen wird in gleicher Weise Kraftfutter aus südamerikanischem, mit Pesti- und Herbiziden behandeltem Gensoja eingesetzt - sehen sich mit steigender Tendenz mit dem Phänomen von Unfruchtbarkeit, Fehlgeburten und Missbildungen bei den Nutztieren konfrontiert. Es sind die gleichen Merkmale, die bei Menschen beobachtet werden, die in der Nähe der südamerikanischen Gensoja-Felder leben, auf denen die Giftstoffe versprüht werden.

Ähnlich wie in der Nutztierhaltung, bei der durch Züchtung und Verstümmelung Nutztiere an Haltungsformen angepasst werden, um die Fleischproduktion zu rationalisieren und den Profit der Erzeuger zu steigern, findet im Ackerbau ein Ausräumen der Landschaft zu Lasten der natürlichen Flora und Fauna statt. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen werden mehr und mehr dem rationellen und ebenfalls auf Profit ausgerichteten Einsatz immer größer werdender Maschinen angepasst. Neben unserer Forderung, die Haltungsformen den Bedürfnissen der Nutztiere anzupassen, fordern wir in gleichem Maße die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen auch den Bedürfnissen der Umwelt anzupassen. Die Erzeugung von gesunden Nahrungsmitteln bei größtmöglicher Schonung der Umwelt muss wieder oberster Grundsatz landwirtschaftlichen Handelns werden (Qualität geht vor Quantität).

Unser Appell zur Besinnung und Aufruf zum Kurswechsel richtet sich nicht nur an die Landwirtschaft, auch und viel mehr an die Politik. Deshalb werden wir am 18. Januar 2014 unseren Protest in Berlin wieder auf die Straße tragen. All diejenigen, die für gesunde Nahrungsmittel, für artgerechte Tierhaltung und für den schonenden Umgang mit unserer Umwelt eintreten wollen, sind herzlich und nachdrücklich zur Teilnahme aufgerufen. Ökologische Gerechtigkeit stellt sich nicht von allein ein, sondern ist immer ein Ergebnis politischer Einmischung. Deshalb am 18. Januar 2014 runter vom Sofa und zur Großdemonstration nach Berlin unter dem Motto **“Wir haben Agrarindustrie satt!“**. Teilen Sie durch Ihre Anwesenheit der Bundespolitik mit, welchen Stellenwert gesunde Nahrungsmittel und ein schonender Umgang mit der Umwelt für Sie haben.

Für die Hin- und Rückfahrt sind Reisebusse organisiert. Sie brauchen nur gegen einen kleinen Kostenbeitrag von 20 Euro ein- und wieder aussteigen. Fahrzeiten und Haltestellen finden Sie unter www.bila-info.de . Anmeldungen richten Sie bitte an bila-info@t-online.de . Weitere Informationen zur Demo finden Sie unter www.wir-haben-es-satt.de .



Klaus-Jörg Oppermann
Vorsitzender der
Bürgerinitiative Lachendorf
für Tier- und Umweltschutz e.V.
12. Januar 2014